

EUROPAWAHL

„Noch nicht vom Tisch“

Gunther Krichbaum, 49 (CDU), Vorsitzender des EU-Ausschusses im Deutschen Bundestag, über das Karlsruher Urteil zur Dreiprozentklausel bei der Europawahl



PICTURE ALLIANCE / DPA

SPIEGEL: Das Bundesverfassungsgericht hat erneut eine vom Parlament beschlossene Sperrklausel für Europawahlen gekippt. Was für Folgen befürchten Sie?

Krichbaum: Schlimm ist schon mal, dass es nun wohl einen Freifahrtschein für die NPD ins Europaparlament gibt. Darüber hinaus wird das Urteil zu einer noch stärkeren Zersplitterung des Parlaments führen. Wer glaubt, dass das keinen Einfluss auf dessen Funktionsfähigkeit hätte, kennt den Betrieb nicht.

SPIEGEL: Der Richterspruch besagt aber zugleich, dass eine Sperrklausel nötig sein könnte, etwa wenn das Europaparlament deutlich mehr Einfluss bekäme als jetzt.

Krichbaum: Das Urteil selbst sorgt eher für eine gegenteilige Entwicklung: Gerade weil nun noch mehr Splitterparteien einziehen, dürfte es dem EU-Parlament umso schwerer fallen,

seine starke Stellung auch in konkreten Einfluss umzusetzen und noch mehr Mitspracherechte zu erkämpfen – und solange das nicht passiert, hält Karlsruhe eine Sperrklausel für unnötig. Das ist eine sich selbst erfüllende Prophezeiung.

SPIEGEL: Sie hätten es mit der Großen Koalition selbst in der Hand, eine solche Hürde in der Verfassung zu verankern. Bislang ist das ja nicht der Fall.

Krichbaum: Deshalb werden wir die Auswirkungen bei der Europawahl auch sehr genau beobachten und dann darüber nachdenken, ob wir für alle bundesweiten Wahlen – also auch die Europawahl – eine Fünfprozentklausel ins Grundgesetz schreiben. Das Thema ist noch nicht vom Tisch.



Erkundungsbergwerk Gorleben

JULIAN STRATENSCHULTE / DPA

ENDLAGERSUCHE

Niedersachsen droht

Die rot-grüne Landesregierung von Niedersachsen erwägt, sich aus dem vereinbarten Suchverfahren für ein atomares Endlager in Deutschland zurückzuziehen. In einem Schreiben an die federführende Landesregierung von Schleswig-Holstein heißt es, man behalte sich „vor zu prüfen, ob eine Beteiligung grundsätzlich überhaupt sinnvoll erscheint“. Damit bekräftigt die Regierung von Stephan Weil (SPD) ihren Widerstand gegen die vorgesehene Vorsitzende der Kommission, die frühere Umwelt-Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser, CDU. Das Gremium soll Kriterien für ein Endlager festlegen. Schon jetzt zeichne sich ab, heißt es in dem Schreiben weiter, dass „die unabdingbare, aber bisher sehr schwierige Einbindung der Umweltverbände in die Kommission an exakt dieser Personalie endgültig scheitern würde“. An Ursula Heinen-Esser scheiden sich innerhalb von SPD und Grünen die Geister. Während sie in Niedersachsen auf entschiedene Ablehnung stößt, sagt etwa die stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ute Vogt: „Frau Heinen-Esser besitzt hohe Kompetenz. Beim Asse-Verfahren hat sie bewiesen, dass sie sehr erfolgreich moderieren kann.“

FINANZEN

5 + 2 + 1 = 6?

In der Bundesregierung gibt es Gerangel unter drei Bundesministerien um Geld für Bildung und Kitas. Laut Koalitionsvertrag sollen die Länder für solche Aufgaben in dieser Legislaturperiode sechs Milliarden Euro bekommen. Das Bildungs-, das Familien- wie auch das Arbeitsministerium wollen dieses Geld gern den Ländern geben und so über seinen Verwendungszweck mitbestimmen. Das Bildungsministerium unter Johanna Wanka

(CDU) geht davon aus, fünf der sechs Milliarden für Bildungsprojekte verteilen zu dürfen, und hat dies bei Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) auch schon angemeldet. Gleichzeitig fordert Familienministerin Manuela Schwesig (SPD) zwei Milliarden für Kitas und Krippen. Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles (SPD) hätte außerdem auch gern eine Milliarde, das macht schon acht statt sechs Milliarden. Sollten sich die drei Ressorts in der nächsten Woche nicht einigen können, entscheiden Bundeskanzlerin Angela Merkel und Vizekanzler Sigmar Gabriel, heißt es aus Regierungskreisen.



Mädchenschule in Kabul

THOMAS KOEHLER / PHOTOTHEK.NET

AFGHANISTAN

Aufbauhilfe gefährdet

Die staatlichen Entwicklungsorganisationen sehen ihre Aufbauhilfe bei einem Totalabzug der internationalen Truppen aus Afghanistan gefährdet. Das geht aus Briefen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) und der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) an den

entwicklungspolitischen Sprecher der Grünen, Uwe Kekeritz, hervor. „Die KfW schreibt völlig klar, dass die Unterstützung durch die Bundeswehr und andere Nato-Truppen eine notwendige Voraussetzung für die Fortsetzung ihrer Arbeit vor Ort ist“, sagte Kekeritz. In der GIZ brauche man insbesondere im Bereich der medizinischen Versorgung und Evakuierung in Notfällen Hilfe. „Die GIZ hat mir schriftlich mitgeteilt, dass sie sich ohne Unterstützung des internationalen Militärs unter Umständen aus bestimmten Gebieten zurückziehen müsste“, so Kekeritz. Entwicklungsminister Gerd Müller (CSU) hatte gesagt, dass die zivilen Helfer auch im Fall eines Totalabzugs der internationalen Truppen vor Ort bleiben sollen, und auf eigene Sicherheitsvorkehrungen verwiesen (SPIEGEL 8/2014). „Ich erwarte, dass Minister Müller seinen Widerspruch zu den staatlichen Entwicklungsorganisationen aufklärt“, so Kekeritz.